



Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätin Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend Lessons identified für weitere Zuwanderungswelle

Allen Relativierungen zum Trotz hält der Zustrom von Einwanderungswilligen aus Nahost und Asien Richtung Europa an. Gab es durch Corona in den letzten Wochen einen Rückgang, so ist seit einiger Zeit wieder ein deutlicher Anstieg zu bemerken.

Die illegale Einwanderung nach Griechenland ist Teil der Migration in die EU. Durch seine Lage an der EU-Außengrenze, seiner langen Küste und Inseln wird Griechenland seit Jahren mit Flüchtlings- Migrantenströmen konfrontiert. Ähnlich angespannt ist die Lage in Italien.

Auf den Inseln der Ostägäis bildeten sich große und vielfach wild angelegte Flüchtlingslager. Ende 2019 lebten 36.000 Migranten auf den Inseln Lesbos, Samos und Chios. Die offizielle Kapazität auf allen Inseln zusammen beträgt knapp 6.200 Plätze. Die griechische Küstenwache meldet insbesondere ein erhöhtes Aufkommen von Migranten/Flüchtlingsen an der türkischen Küste sowie an der nordgriechischen Grenzregion am Fluss Evros.

Auch auf der Balkanroute spitzt sich die Lage wieder zu. Aktuell halten sich demnach geschätzt tausende Migranten in der Balkanregion auf, viele davon in Bosnien-Herzegowina.

Die Entwicklung bereitet jedenfalls Anlass zur Sorge – klar sollte sein, dass sich 2015 nicht wiederholen darf. Noch heute sind die Folgen zu spüren.

Vorbereitung auf eine neuerliche Zuwanderungswelle scheint angebracht.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat wird aufgefordert, rechtzeitig Maßnahmen zu setzen, um auf eine neuerliche Zuwanderungswelle vorbereitet zu sein. Dazu gehört u.a. ein Runder Tisch mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien, um die Lehren aus 2015 aufzuarbeiten. Federführend geleitet könnte dieser Runde Tisch von Seiten des ÖIF werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.06.2020